

Per Mail an

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

wp-sekretariat@seco.admin.ch

Bern, 8. Dezember 2025

Stellungnahme: Pa. Iv. Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur oben erwähnten parlamentarischen Initiative «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten» Stellung nehmen zu können.

Diese Stellungnahme entstand in Zusammenarbeit mit transfair, anerkannter Sozialpartner der Branche Post & Logistik und Mitglied bei Travail.Suisse.

Travail.Suisse lehnt die Vorlage ab. Grundsätzlich möchte Travail.Suisse an dieser Stelle festhalten, dass der Bundesrat im August 2025 bereits eine umfassende Revision des Postgesetzes beschlossen und das UVEK beauftragt hat, bis Ende Juni 2026 eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten. Weshalb nun bereits vorgängig eine Anpassung des Postgesetzes vorgenommen werden soll, erscheint nicht nachvollziehbar und generiert unnötige Doppelspurigkeit. Travail.Suisse unterstützt deshalb die Position der Minderheit, die eine Sistierung der Arbeiten bis zum Abschluss der Beratung der Revision des Postgesetzes beantragt.

1. Einschränkung des Unternehmenszwecks

Travail.Suisse lehnt die geplante Einschränkung des Unternehmenszwecks ab.

Die Post steht bereits unter erheblichem wirtschaftlichem Druck, insbesondere durch den Rückgang klassischer Ertragsquellen und regulatorische Einschränkungen bei PostFinance. Um langfristig eigenwirtschaftlich bestehen zu können, muss sie die Möglichkeit behalten, neue Geschäftsfelder zu erschliessen – insbesondere im digitalen Bereich.

Die vorgeschlagene Begrenzung auf Tätigkeiten mit „engem Zusammenhang“ zur Hauptaufgabe ist zu restriktiv und gefährdet die Zukunftsfähigkeit der Post. Die bisherigen Akquisitionen und strategischen Entwicklungen entsprechen den Zielen des Bundesrates und müssen weiterhin möglich sein, sofern sie rentabel und mit dem Kerngeschäft verbunden sind.

Travail.Suisse unterstützt die Minderheitsposition, welche der Post eine aktive Rolle bei der digitalen Souveränität der Schweiz zugestehen will. Digitale Plattformen und Dienstleistungen müssen Teil des Unternehmenszwecks bleiben, um Innovation und Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Eine zu enge Auslegung des Unternehmenszwecks würde nicht nur die Innovationskraft der Post schwächen, sondern auch die Attraktivität als Arbeitgeberin im Service Public gefährden. Die Post muss als modernes Unternehmen agieren können – mit einem klaren gesetzlichen Rahmen, aber ohne übermässige Einschränkungen. Zu berücksichtigen ist zudem, dass eine Einschränkung des Leistungsumfangs der Post negative finanzielle Auswirkungen auf das Unternehmen haben kann. Ein reduziertes Angebot kann zu tieferen Erträgen führen und damit auch die Fähigkeit der Post mindern, Reinvestitionen für die Sicherung und den Ausbau der Grundversorgung tätigen zu können oder Gelder an den Bund ausschütten zu können. Dies sollte im Rahmen der Gesamtbeurteilung ausdrücklich berücksichtigt werden.

2. Individueller Rechtsschutz für Mitbewerber

Travail.Suisse beurteilt den individuellen Rechtsschutz für Mitbewerber als problematisch und warnt vor den negativen Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit und die unternehmerische Entwicklung der Post. Die geplante Regelung eröffnet privaten Konkurrenten die Möglichkeit, strategische Entwicklungen der Post rechtlich anzufechten – auch dann, wenn diese im Rahmen des Unternehmenszwecks erfolgen und wirtschaftlich sinnvoll sind. Dies birgt die Gefahr, dass die Post durch wiederholte Verfahren, Unsicherheiten und aufschiebende Wirkungen in ihrer Handlungsfähigkeit blockiert wird.

Besonders kritisch sieht Travail.Suisse die fehlende Abgrenzung des schutzwürdigen Interesses. Ohne klare Definition, wer zur Beschwerde berechtigt ist, droht eine Flut von Verfahren, die nicht dem fairen Wettbewerb dienen, sondern der strategischen Behinderung eines öffentlichen Unternehmens. Auch die Rechtssicherheit für die Post ist gefährdet, da bestehende Tätigkeiten und Investitionen nachträglich in Frage gestellt werden könnten. Das widerspricht dem Grundsatz von Planungssicherheit und Vertrauen in die strategischen Ziele des Bundes.

3. Verschärfung des Quersubventionierungsverbots

Travail.Suisse lehnt eine Verschärfung des Quersubventionierungsverbots klar ab. Die Post muss in der Lage sein, neue Geschäftsfelder zu entwickeln und temporäre Verluste in der Aufbauphase durch Gewinne aus anderen Bereichen auszugleichen – solange dies nicht zu systematischen Wettbewerbsverzerrungen führt. Die vorgeschlagene Regelung, wonach jede selbstgewählte Dienstleistung ihre inkrementellen Kosten decken muss und der gesamte Bereich profitabel sein muss, ist zu rigide. Sie kann dazu führen, dass die Post profitable Zukunftsfelder nicht mehr erschliessen kann. Die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Post ist Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Grundversorgung. Eine zu starke Einschränkung würde die Post in einen Subventionsbetrieb drängen – mit negativen Folgen für die Bevölkerung, die Versorgungssicherheit und die Mitarbeitenden.

4. Fazit

Die parlamentarische Initiative greift tief in die strategische und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Post ein. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind nicht nur ordnungspolitisch fragwürdig, sondern drohen die Post in ihrer Entwicklung massiv zu behindern. Statt fairen Wettbewerb zu fördern, wird ein regulatorisches Korsett geschaffen, das Innovationen erschwert, Investitionen verunsichert und die Eigenwirtschaftlichkeit gefährdet. Besonders stossend erscheint, dass die Vorlage parallel zur angekündigten Revision des Postgesetzes 2026 erfolgt und damit inhaltlich wie zeitlich redundant wirkt. Eine koordinierte, gesamtheitliche Betrachtung wäre aus Sicht von Travail.Suisse zielführender als eine isolierte Vorwegnahme zentraler Regulierungsfragen.

Travail.Suisse fordert deshalb:

- Sistierung der Arbeiten zur parlamentarischen Initiative, bis die Revision des Postgesetzes abgeschlossen ist.
- Erhalt eines ausreichenden Handlungsspielraums für die Post, um auf Marktveränderungen reagieren und Innovationen entwickeln zu können.
- Unbedingter Erhalt der Eigenwirtschaftlichkeit der Post.
- Zwingender Erhalt der vielen und für den Service Public zentralen Arbeitsplätze bei der Post.

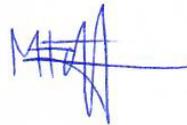
Wir danken für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und stehen Ihnen bei Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse



Adrian Wüthrich
Präsident



Miriam Häfliger
Verantwortliche Service Public